



Martin Dörmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundestagswahlkreis Köln I

Porz, Kalk, nördliche Innenstadt

Wahlkreisbüro

Hauptstraße 327, 51143 Köln (Porz)

Tel. (02203) 52144

Fax (02203) 51044

eMail: martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterin: Elke Heldt

Homepage: www.martin-doermann.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. (030) 227-73418

Fax (030) 227-76348

eMail: martin.doermann@bundestag.de

26. April 2007

P R E S S E M I T T E I L U N G

SPD will stärker gegen unerwünschte Werbeanrufe vorgehen

*Anlässlich der fraktionsinternen Anhörung zu unerwünschten Webeanrufen erklären der zuständige Berichterstatter der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion, **Manfred Zöllmer**, und der Berichterstatter für Telekommunikation der SPD-Bundestagsfraktion, **Martin Dörmann**:*

Zunehmend mehr Unternehmen haben das Werben am Telefon als vergleichsweise preiswerte Werbemaßnahme für sich entdeckt.

In letzter Zeit haben die unerwünschten Werbeanrufe um mindestens ein Drittel zugenommen, wie eine jüngste Erfassung der Gesellschaft für Konsumforschung ergab. Auch die Verbraucherzentralen vermelden einen erheblichen Anstieg von Beschwerden von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die sich durch derartige Werbeanrufe belästigt fühlen.

Folge des - manchmal auch aggressiven - Telefonmarketings sind in vielen Fällen Vertragsabschlüsse oder Vertragsänderungen, die von den Verbraucherinnen und Verbraucher oftmals aber nicht gewollt sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Direktmarketing per Telefon in einer Anhörung zum Thema gemacht, um gemeinsam mit Experten und Verbänden nach Lösungen zu suchen. Hierbei stand die rechtliche Situation und mögliche Gesetzesänderungen im Hinblick auf eine Sanktionierung unerwünschter Anrufe und die Gültigkeit der auf diesem Wege abgeschlossenen Verträge im Vordergrund.

Die Anhörung hat ergeben, dass die bisherigen Sanktionen nicht ausreichen. Unlauteres Geschäftsgebaren darf sich nicht lohnen. Ein Verstoß gegen das Verbot unerwünschter Werbeanrufe sollte mit einem spürbaren Bußgeld belegt werden. Wir wollen die Rechtsposition der Verbraucherinnen und Verbraucher für die Fälle stärken, in denen es als

Folge ungebetener Anrufe zu ungewollten Verträgen oder Vertragsänderungen kommt. Wir werden prüfen, wie die Anforderungen an einen rechtsgültigen Vertrag erhöht werden können. Unsere Leitlinie bleibt, Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen durch Werbung nicht belästigt oder geschädigt werden.

Martin Dörmann ist direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages für den Kölner Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, im Unterausschuss „Neue Medien“ sowie im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.